

LOCCUM REPORT 1-2022

“Evangelische friedens- und sicherheitspolitische Positionen revised”

Auf der Suche nach den drängendsten Fragen für zukünftige friedenspolitische / -ethische Debatten

Bereits seit geraumer Zeit werden friedenspolitische Positionen der evangelischen Kirchen kritisch diskutiert. Im Fokus stehen dabei meistens außen- und sicherheitspolitische Einlassungen der Kirchenleitungen und die friedensethischen Grundlagen. Beginnend mit der völkerrechtswidrigen russischen Invasion in die Ukraine im Februar 2022 hat diese Debatte schlagartig an Dringlichkeit und Vehemenz gewonnen. Vor diesem Hintergrund fand vom 1. bis 2. April 2022 an der Evangelischen Akademie Loccum ein Workshop mit 25 Expert*innen aus verschiedenen Disziplinen und kirchlichen Hintergründen statt. Ziel war es, friedensethische und friedenspolitische Fragestellungen, die für zukünftige Debatten besonders relevant und fruchtbar sind, zu identifizieren und in einem ersten Schritt für zukünftige, tiefergehende Diskussionen aufzubereiten.

Für weitere Informationen zur Veranstaltung folgen Sie bitte diesem Link:

<https://www.loccum.de/tagungen/22123/>

ZUSAMMENFASSUNG

Zusammenfassend sind aus der Veranstaltung folgende Punkte festzuhalten. (Mehr Details finden sich im ausführlichen Tagungsbericht)

- Das Leitbild vom gerechten Frieden ist weiterhin tragfähig. Gleichwohl muss es weiterentwickelt werden. Wenn Kirchen Anwälte des Pazifismus sind, geht es dabei um einen „zielgerichteten Realpazifismus“.
- Zentraler Hebel für die weiteren Diskussionen kann eine differenzierte Auseinandersetzung mit dem bzw. ein klares Bekenntnis zu dem Konzept der rechtserhaltenden Gewalt sein. Zwischen Legitimation und ethischer Betrachtung ist zu unterscheiden: Auch bei formaler Legitimation kann ethisch Gewaltverzicht angezeigt sein.
- Die Entwicklung einer militärischen Friedensethik wird (von vielen) als notwendig erachtet. In diesem Rahmen ist auch das Verhältnis der protestantischen Kirche zur Bundeswehr zu klären.
- Interdependenzen und Abhängigkeiten sind auch theologisch zu deuten. Friedensethisch sollte nicht übersehen werden, dass wir letztlich auf Gott vertrauen.
- Eine bessere Wirklichkeitsanalyse wird grundsätzlich eingefordert. Speziell mit Blick auf den Ukraine-Krieg scheint es, als seien die kirchlichen Vertreter*innen von den Entwicklungen ganz besonders überrascht worden. Vergleichbares lasse sich auch für andere Konflikte feststellen. Mehr Kontakt zur Realität und ein Denken in längerfristigen Dimensionen und Szenarien seien wichtige Baustellen für zukünftiges kirchliches friedenspolitisches Engagement.
- Der Umgang mit autokratischen Mächten wurde bisher friedensethisch zu wenig thematisiert. Vor dem Hintergrund des weltweiten Erstarkens von autoritären Entwicklungen, die besonders augenscheinlich im Aufstieg Chinas werden, scheint eine Auseinandersetzung mit dem Abhängigkeits-Distanz-Dilemma und der Gemengelage aus Kooperation- und Konfrontationsdynamik erforderlich, die im Umgang mit autokratischen Mächten besonders wirkungsmächtig sind. Hierzu müssten kirchliche Positionen entwickelt werden.
- Debatten zu Atomwaffen und nuklearer Abschreckung sind in der Vergangenheit in kirchlichen Kontexten zu unterkomplex geführt worden und bedürfen im Zuge der gestiegenen nuklearen Bedrohung und dem bedrückenden realpolitischen Bedeutungszuwächsen von Atomwaffen zukünftig einer differenzierten Betrachtung. An dem Ziel einer nuklearwaffenfreien Welt gab es unter den Workshop-Teilnehmenden keinen Dissens. Allerdings sei in der Denkschrift von 2007 die nukleare Abschreckung keine friedensethisch vertretbare Option mehr gewesen. Nun mehren sich aber die Stimmen, die hier zu einer anderen Einschätzung kommen. Hier besteht dringender Klärungsbedarf.
- Die Friedensdenkschrift hat hinsichtlich ihrer Grundlagen und Prinzipien weiterhin Relevanz. Problematisch sei, dass viele kirchliche Einlassungen die Denkschrift kaum bis gar nicht rezipierten und somit – auch aktuell mit Blick auf den Ukraine-Krieg – häufig in Unkenntnis des Textes von 2007 gegenläufige Positionen bezögen. Allerdings wurde eingeräumt, dass zu einigen Bereichen der Denkschrift aufgrund geänderter Rahmenbedingungen durchaus Korrektionsbedarf bestehe. Dies beträfe vor allem die zentrale Stellung des Völkerrechts und die Rolle der UNO, die im Jahr 2007 noch sehr hoffnungsvoll skizziert wurde und nun neu eingeordnet werden müsse. Gleiches gelte mit Blick auf das Instrumentarium der zivilen Konfliktbearbeitung.
- Entscheidend wird auch eine Reflexion der öffentlichen Kommunikation sein, die sich im Dilemma von tiefgehender friedensethischer Durchdringung und Zwang zur kurzen, öffentlichen Positionierung befindet. Erste Überlegungen sind weiterzuentwickeln. Die Idee, Dilemmata der Friedenspolitik bewusst in den Vordergrund zu stellen und im Grunde zum „Markenkern“ kirchlicher Kommunikation zu machen, fand unter den Teilnehmenden großen Zuspruch.

- Neben Akteuren der Kirchenleitung und inhaltlich interessierten Pastor*innen und Gemeindemitgliedern werde die friedenspolitische Kommunikation vorrangig von der Fachöffentlichkeit wahrgenommen – vor allem von jenen mit Kirchenbezügen. Die allgemeine Öffentlichkeit spiele als Adressat friedenspolitischer Kommunikation der evangelischen Kirchen eine deutlich geringere Rolle als gemeinhin angenommen – ein Umstand, der den Zwang zu schnellen und breitenwirksamen Positionierungen reduziere.
- Wichtig für die protestantische Friedensethik ist die Öffnung für fachfremde Diskurse beziehungsweise die Berücksichtigung außertheologischer – z. B. sicherheitspolitischer – Expertise.
- Friedenspolitische Gremienarbeit in kirchlichen Kontexten sollte vor allem als fortwährender Schreib- und Denkprozess organisiert werden – im Sinne eines „ongoing reasonings“. Institutionelle Repräsentationslogiken, die derzeit dominant erscheinen, sollten dieser Ausrichtung gegenüber zurückgesellt werden.

Ausführlicher Tagungsbericht

Bereits seit geraumer Zeit werden friedenspolitische Positionen der evangelischen Kirche kritisch diskutiert. Im Fokus stehen dabei meistens außen- und sicherheitspolitische Einlassungen der Kirchenleitungen und die friedensethischen Grundlagen. Mit der völkerrechtswidrigen russischen Invasion in die Ukraine beginnend im Februar 2022 hat diese Debatte schlagartig an Dringlichkeit und Vehemenz gewonnen. Ob und zu welchem Grad bisherige friedenspolitische Positionen und Texte der evangelischen Kirche tragfähig sind oder einer Revision bedürfen, wird seither an verschiedenen Stellen intensiv diskutiert.

Vor diesem Hintergrund fand vom 1. bis 2. April 2022 an der Evangelischen Akademie Loccum ein Workshop mit 25 Expert*innen aus verschiedenen Disziplinen und kirchlichen Hintergründen mit dem Ziel statt, friedensethische und friedenspolitische Fragestellungen, die für zukünftige Debatten besonders relevant und fruchtbar sind, zu identifizieren und in einem ersten Schritt für zukünftige, tiefergehende Diskussionen aufzubereiten. Zudem wurden Überlegungen angestellt, wie die friedenspolitische Kommunikation zukünftig verbessert werden kann.

Der vorliegende Workshopbericht folgt in seiner Gliederung diesen beiden zentralen Arbeitsschritten.

A) Zentrale Punkte für zukünftige friedenspolitische / friedensethische Diskussionen

Ein wichtiges Ziel des Workshops bestand darin, friedenspolitische Fragestellungen zu identifizieren, die dringend weiterer Bearbeitung und Diskussion bedürfen. Im Vorfeld zum Workshop wurde dazu bereits eine Umfrage unter den Teilnehmenden gestartet, die dann während der Veranstaltung ver-

tieft wurde. Das Ergebnis dieses Auswahlprozesses sind acht Themenfelder, die im Folgenden aufgeführt sind. Friedenspolitische Debatten und Vertiefungen seien hier besonders angebracht und gewinnbringend – so die Meinung der überwiegenden Mehrheit der Teilnehmenden.

Neben der Identifikation dieser Fragestellungen leistete der Workshop bereits erste Diskussionsanstöße zu diesen Feldern. Diese hatten in keiner Weise den Anspruch auf finale Klärung. Vielmehr sollte der Versuch unternommen werden, erste Diskussionsansätze zu schlagen, die in weiteren Diskussionsrunden dringend vertieft werden müssten.

(1) Leitbild gerechter Friede

Das Leitbild vom gerechten Frieden, das in bewusster Opposition zum gerechten Krieg etabliert wurde und seit einigen Jahrzehnten leitend für friedensethische Überlegungen im Raum der protestantischen (und auch katholischen) Theologie ist, wird von den Teilnehmenden als **weiterhin tragfähig und sinnvoll** angesehen. **Allerdings** sei das Leitbild, so die Überzeugung vieler, noch **weiterzuentwickeln**.¹ Die christlichen Kirchen sollten als Anwälte dieses Leitbildes in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden. Ob sie damit auch Anwälte **pazifistischer Positionen** seien oder sein sollten, wurde **intensiv diskutiert** – die Zustimmung dazu sei immer auch abhängig davon, was unter ‚Pazifismus‘ zu verstehen ist. Ein ‚radikaler‘ Pazifismus ist weder mit der Friedensdenkschrift von 2007 noch mit den Synodentexten von 2019 belegt; der Begriff eines **„zielgerichteten Realpazifismus“** wurde in die Diskussion eingeführt und **wäre noch zu konkretisieren**.

(2) (Ethik der) rechtserhaltenden Gewalt

Eine differenzierte Auseinandersetzung mit Fragen der rechtserhaltenden Gewalt scheint dringend geboten. Der Begriff selbst ist auf den ersten Blick zwar selbsterklärend, **bei näherer Betrachtung** aber doch **weit weniger klar**. Deutlich ist: In ihm bündelt sich ein großer Teil der Argumente und Positio-

¹ Der Begriff der Weiterentwicklung hat sich dabei in den Diskussionen gegenüber einer „Revision“ als überzeugender erwiesen.

nierungen derer, die sich von einer strikten pazifistischen Linie evangelischer Friedensethik absetzen. Daher ist eine genauere inhaltliche Klärung nötig.

Vorab wäre eine Verständigung darüber hilfreich, welche **Rolle** die „rechtserhaltende Gewalt“ in der **Friedensdenkschrift** von 2007 und den **Verlautbarungen** der **Synode 2019** spielt. Mit Blick auf die Denkschrift lässt sich grob vereinfachend konstatieren, dass die „rechtserhaltende Gewalt“ als Konzept auf der einen Seite an die Stelle des ‚gerechten Krieges‘ tritt² bzw. diesem als überlegen betrachtet wird, weil es Verengungen auf das *ius ad bellum* vermeidet und „ebenso auf das Polizeirecht, die innerstaatliche Ausübung des Widerstandsrechts und einen legitimen Befreiungskampf“³ bezogen werden kann. Weitgehend übernommen für den Einsatz rechtserhaltender Gewalt werden gleichwohl die Prüfkriterien, wie sie für das *bellum iustum* galten, allerdings mit einer nicht unerheblichen Einschränkung: Die Aussicht auf Erfolg wird als Prüfkriterium nicht genannt.⁴ Auf der anderen Seite wird sie dem Leitbild des *gerechten Friedens* funktional zugeordnet,⁵ hat mithin kein Eigengewicht in der Argumentation der Schrift, sondern ist immer nur im Kontext des Leitbildes zu bedenken. In diesem gesteckten Rahmen ist ihre Rolle klar benannt, die Kriterien sind deutlich gefasst und eine Schärfung scheint auf den ersten Blick nicht nötig, auch wenn nicht wirklich von einer zentralen Rolle gesprochen werden kann und die Grenzen rechtserhaltender Gewalt zumindest ebenso deutlich wie ihre Legitimation selbst herausgearbeitet werden.⁶ Doch im Prinzip ist zur rechtserhaltenden Gewalt in der Denkschrift das Wesentliche gesagt – unter der

Voraussetzung, dass das Leitbild vom gerechten Frieden ebenso wenig verabschiedet werden soll wie der unbedingte Vorrang gewaltfreier Konfliktlösungen. Beides stehe – zumindest in den Diskussionen des Workshops – nicht zur Disposition.

Wo aber liegen dann die Schwierigkeiten hinsichtlich der rechtserhaltenden Gewalt, die eine intensive Diskussion über sie rechtfertigen oder sogar erforderlich machen? Einige davon werden im Folgenden benannt, indem vor allem **Fragen und offene Punkte** markiert werden. Die Diskussionen darüber haben, wenn überhaupt, erst begonnen und müssen auf der Suche nach Antworten noch fortgeführt werden.

Eine der zentralen **Fragen** ist die **nach den politischen Konsequenzen**, die aus dem in der Denkschrift aufgezeichneten Konzept und aus den Kriterien gezogen werden. Stellungnahmen wie diejenigen der Kirchenkonferenz der EKD vom 24.3.2022 werden von Teilnehmenden des Workshops teilweise so gelesen, als ob hier eine Angst vor den Konsequenzen des eigenen Ansatzes vorherrsche.⁷ Die grundsätzliche Haltung zum Konzept sei daher noch einmal zu klären, um eine Doppelbödigkeit der eigenen Argumentationen im konkreten Fall zu vermeiden. Der **Vorrang der zivilen Konfliktbewältigung** stehe nicht eigentlich in Frage – wohl aber, ob seine **stetige Betonung** auch in militärischen Konflikten nicht auf ihrem Rücken ein **Unterlaufen des Konzepts** rechtserhaltender Gewalt mit sich bringe.

Doch selbst, wenn die Akzeptanz rechtserhaltender Gewalt geklärt ist, sehen die Teilnehmer*innen die

² Vgl. DS Z. 98ff., S. 65ff. Vgl. insbes. S. 68: „Im Rahmen des Leitbilds vom gerechten Frieden hat die Lehre vom *bellum iustum* keinen Platz mehr. Daraus folgt aber nicht, dass auch die moralischen Prüfkriterien aufgehoben werden müssten oder dürften, die in den *bellum-iustum*-Lehren enthalten waren.“

³ DS Z. 102, S. 68.

⁴ Als solche gelten in den Worten der DS: Erlaubnisgrund, Autorisierung, Richtige Absicht, Äußerstes Mittel, Verhältnismäßigkeit der Folgen, Verhältnismäßigkeit der Mittel, Unterscheidungsprinzip.

⁵ Vgl. die Überschrift zum Abschnitt 3: „Gerechter Friede durch Recht“.

⁶ Der (wesentlich kürzere) Text der Kundgebung der EKD-Friedenssynode 2019 rückt die rechtserhaltende Gewalt

noch weniger in den Fokus als die Denkschrift, ist aber in der Grundausrichtung immer noch klar und entschieden: „Den Einsatz militärischer Mittel hält sie ausschließlich als ‚rechtserhaltende Gewalt‘, die als äußerstes Mittel (ultima ratio) erwogen werden darf, unter engen Kriterien für legitim. Der Einsatz von Gewalt ist immer eine Niederlage und stellt uns vor die Frage, ob wir im Vorfeld alles zur Prävention und gewaltfreien Konfliktlösung getan haben“. Weitere Ausführungen über diese Allgemeinen hinaus gibt es nicht.

⁷ Dabei geht es vor allem um den Satz: „Dazu zählt die Fürbitte genauso wie die Seelsorge an Traumatisierten, der Einsatz für besonders verletzte Menschen und alle Unterstützung für diplomatische und nichtmilitärische Wege.“

Position zu ihr **durch die nukleare Drohung überschattet**. Zwar mögen die Kriterien für ein (militärisches) Eingreifen einer Koalition von Staaten in Form rechtserhaltender Gewalt erfüllt sein, aber wenn es dabei um ein Vorgehen gegen eine Atommacht geht, ist diese **Bedrohung derart gewaltig**, dass sie im Zweifel alle anderen Kriterien überlagert. Dieser konkrete Umstand verweist auf ein allgemeineres Spannungsfeld, nämlich das zwischen der Legitimation und der ethischen Betrachtung. Kriterien wie diejenigen in der **Denkschrift** können letztlich **nur die Frage nach der Legitimität beantworten**; die **ethische Argumentation ist davon zu unterscheiden**. Nach ihr muss es grundsätzlich auch die Möglichkeit eines Verzichts auf rechtserhaltende Gewalt trotz Erfüllung der Kriterien geben, zum Beispiel, wenn es dadurch um die Verhinderung eines größeren Übels (Atomschlag) geht – was durch das Kriterium der Verhältnismäßigkeit nicht unbedingt berücksichtigt ist. Die ethischen Überlegungen können sich mithin komplex gestalten, da sie gegebenenfalls eine größere Anzahl an Faktoren beinhalten. Fragen der Gewalteskala­tion spielen z. B. ebenso eine Rolle wie der Blick auf die Situation eines „Nachher“. Die Grundidee der rechtserhaltenden Gewalt ist es, Gewalt zu legitimieren, und zwar in Grenzen, die so eng wie nur irgend möglich gezogen werden. Ethische Betrachtungen können hier aber zu einem gänzlich anderen Ergebnis kommen.

Kurzum: Durch die formale Legitimität, so die Teilnehmenden des Workshops, sei das ethische Dilemma nicht gelöst. Hier sei Arbeit an der Verhältnisbestimmung nötig, die auch Klarheit darüber verschaffen könnte, wie sich friedensethische und friedenspolitische Positionierungen der evangelischen Kirche zueinander verhalten (sollten bzw. könnten).

(3) Betonung des Völkerrechts und Recht auf Selbstverteidigung

Ein zentrales Problem erkannten die Teilnehmenden des Workshops in der völkerrechtlichen Verankerung. Diese sei in der Denkschrift von 2007 überdeutlich – mit einem **sehr optimistischen Zugang zum Völkerrecht und großem Zutrauen** zu seinen Institutionen wie dem **UN-Sicherheitsrat**.

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine verdeutliche allerdings: Spätestens im Falle eines völkerrechtswidrigen Angriffs eines Aggressors mit Veto-Recht im Sicherheitsrat erweist sich dieser als funktionsunfähig. Das Recht auf **Selbstverteidigung** ist weitgehend unumstritten. Gleichwohl sei die ethische Beurteilung nicht ganz einfach. Die Positionen der **Friedensdenkschrift** seien zu **konkretisieren**, da diese und mit ihnen die protestantischen Verlautbarungen nach Ansicht vieler Teilnehmer*innen des Workshops aktuell **zu unbestimmt** seien.

In diesem Zusammenhang wurde auch die Frage nach **Waffenlieferungen** kontrovers diskutiert. Die Teilnehmenden wünschten sich auch dazu konkretere Positionen und Überlegungen. Schon das Subjekt der Selbstverteidigung sei kaum klar zu bestimmen: Grundsätzlich sei völkerrechtlich an einen Staat gedacht, der nicht unbedingt als homogene Größe agiere. Denkbar seien: ein Volk, eine Nation, eine Bevölkerungsgruppe. Wie diese Größen, ihre Verhältnisse und ihre Selbstverteidigungsrechte zu bestimmen wären, ist teilweise offen. Ohnehin ginge es bei dem Konzept der rechtserhaltenden Gewalt eben darum, durch das Völkerrecht (den Sicherheitsrat) die Selbstverteidigungssituation zu überwinden. Die angedeuteten Probleme zeigen daher: Die **Verhältnisbestimmung zum Völkerrecht** wird als eine der **zentralen Diskussionsaufgaben** der nächsten Monate betrachtet. In diesem Zusammenhang wird auch die Frage nach dem Verhältnis von Rechtserhalt, Rechtsermöglichung und Rechtserzwingung noch einmal neu zu bedenken sein.

(4) Rolle der Bundeswehr und das Verhältnis von Zivilem und Militärischem

Der **Vorrang des Zivilen** gehört zu den Grundüberzeugungen evangelischer Friedensethik. Hierüber bestand während des Workshops **kein Dissens**. Viele Teilnehmer **betonten aber ebenso**: Der Vorrang des Zivilen **bedeute keine Ausschließlichkeit**. Vielmehr dürfe, wenn **militärische Gewalt** als **ultima ratio** zulässig sei, diese Möglichkeit nicht ausgeblendet werden. Teilweise wurde auch ein „klares Bekenntnis zur militärischen Friedensethik“ gefordert. Damit müsse dann aber auch die

Rolle und Funktionsweise des Zivilen erneut diskutiert und bestimmt werden: Eine konkrete Reflexion seiner Leistungsfähigkeit, Gelingensbedingungen und Umsetzung sei ebenfalls vernachlässigt worden.

Unter einer „**militärischen Friedensethik**“ verstanden die Teilnehmenden ein **kritisches Ernstnehmen der Bundeswehr** in ihrer militärischen Rolle. Das beinhalte Kontaktaufnahme und ein Durchdringen der Kontexte, während aktuell von Vielen eher ein Fremdeln konstatiert wurde. Darüber hinaus sei im Rahmen einer Militäretik auch über strategische Zukunftsoptionen (europäische Armee etc.) ethisch nachzudenken.

Die starke Trennung zwischen dem Militärischen und dem Zivilen sei ohnehin eine **eher akademische Dichotomie**, die sich in der praktischen Außen- und Sicherheitspolitik nur schwerlich wiederfinde. Durch die Übertonung dieser Trennung, die vor allem in kirchlichen Kontexten stark betrieben werde, würde die Anschlussfähigkeit an außen und sicherheitspolitische Realitäten erschwert und Gesprächskanäle zur Bundeswehr, aber auch zu anderen Akteuren, verkompliziert.

(5) Wirklichkeitsanalyse

Die Teilnehmer*innen des Workshops sahen ein **deutliches Defizit** der kirchlichen Friedensethik / Friedenspolitik in der **Analyse der Gegenwart bzw. Wirklichkeit**. Speziell mit Blick auf den Ukraine-Krieg schien es, als seien die kirchlichen Vertreter*innen **von den Entwicklungen überrascht worden**. Vergleichbares ließe sich auch für andere Konflikte feststellen. Es wurde wiederholt angemahnt, dass es nicht andauernd passieren dürfe, dass die Kirchen „weltpolitische Entwicklungen aus den Augen verlören“.

Die Forderung an dieser Stelle war eindeutig: Das dürfe eigentlich nicht passieren, denn nur dann könnten auch die eigenen Positionen jeweils an der Realität geprüft werden. Wie eine bessere Wirklichkeitsanalyse gelingen könnte, bleibt zu klären – die **Offenheit für nicht-kirchliche Diskurse** wurde allgemein als wichtigster Schritt gesehen. Mehr Kontakt zur Realität und ein **Denken in längerfristigen Dimensionen und Szenarien** seien wichtige

Baustellen für zukünftiges kirchliches friedenspolitisches Engagement.

(6) Umgang mit autoritären Mächten

Dass der Umgang mit autoritären Kräften / autokratischen Mächten eine echte friedensethische Herausforderung darstelle, sollte nicht länger ausgeblendet werden, so die Teilnehmer*innen des Workshops. Die Thematisierung stehe im Zusammenhang mit der häufig referierten „**neuen Systemrivalität**“ – dem anbrechenden globalen Ordnungsmodell, das vor allem durch die Konfrontation zwischen demokratisch-liberalen und autoritären Systemen gekennzeichnet sei. Im Zuge des Ukraine-Kriegs sei die Strategie „Wandel durch Handel“ kritisch zu hinterfragen ebenso wie die Mitverantwortung, die bei der Stabilisierung und Legitimierung autokratischer Herrschaftssysteme durch intensive Wirtschaftsbeziehungen entsteht. Es bestehe ein diffiziles **Abhängigkeits-Distanz-Dilemma** sowie eine Gemengelage aus **Kooperations- und Konfrontationsdynamik**, die nicht leicht zu lösen und zu denen kirchliche Positionierungen rar gesät seien.

Mit Blick auf den Ukraine-Krieg leuchtet die Notwendigkeit für eine stärkere Thematisierung des zukünftigen Umgangs mit autokratischen Mächten sofort ein. Übersehen werden sollte jedoch nicht, dass zahlreiche weitere Konflikte akut sind oder drohen könnten, die ebenfalls eine Klärung verlangen. **China** wurde vom Loccumer Workshop dabei als zentrales Problem (ebenfalls mit Veto-Macht im UN-Sicherheitsrat) identifiziert. Die Unterscheidung in „gute“ und „schlechte“ Autokratien ist ein weiteres Problemfeld. Dabei wurde es als wichtige Aufgabe angesehen, veränderte Machtkonstellationen realistisch wahrzunehmen, und das nicht nur bezüglich des militärischen Sektors, sondern auch die Bereiche Energie, Digitalität etc. in die Überlegungen mit einzubeziehen. Zudem habe der Umgang mit autoritären Kräften auch immer eine innenpolitische Dimension und Rückwirkungen auf die innergesellschaftliche Auseinandersetzung mit autoritären und radikalen Positionen.

Zugleich befremdete die Teilnehmenden die, auch seitens der Kirche, stattfindende Heroisierung

ebenso wie die Diabolisierung. Hier wurde Zurückhaltung angemahnt sowie eine Debatte über eine post-heroische Gesellschaft. Ein **einfaches Gut-Böse-Denken** und klare Dichotomien würden der komplexen Situation nur in den seltensten Fällen gerecht. Kirche habe große Expertise im Bereich von Symbolisierungen: Diese sollte sie in die öffentliche Wahrnehmung einspeisen.

(7) Nukleare Bedrohung, Abschreckung und Abrüstung

Fragen bezüglich Nuklearwaffen wurden ebenfalls als ein weiteres dringliches Feld für friedenspolitische / friedensethische Diskussionen der Zukunft identifiziert. **Debatten** zu Atomwaffen und nuklearer Abschreckung seien in der Vergangenheit in kirchlichen Kontexten **zu undifferenziert geführt** worden und bedürften im Lichte der gestiegenen nuklearen Bedrohung und dem bedrückenden realpolitischen Bedeutungszuwachsen von Atomwaffen zukünftig einer differenzierten Betrachtung.

An dem **Ziel** einer **nuklearwaffenfreien Welt** gab es unter den Workshop-Teilnehmenden **keinen Dissens**. In der **Denkschrift** von 2007 sei nukleare **Abschreckung** keine friedensethisch vertretbare Option mehr gewesen. Nun mehren sich aber die Stimmen, die hier zu einer anderen Einschätzung kommen und den stabilisierenden, wenn auch nicht friedenschaffenden Effekt von nuklearer Abschreckung betonen. Das damit einhergehende **Risiko** von Rüstungsspiralen und unbeabsichtigten nuklearen Eskalationen, die potenziell eine planetare Zerstörung bedeuten könnten, wurde allerdings ebenfalls hervorgehoben.

Zu diesem Themenfeld sind also dringend weitere Diskussionen notwendig – auch, weil neben der Abschreckungslogik die Bewegung, die die humanitären Implikationen von Atomwaffen in den Fokus rückt, und vor allem mit Bezug auf den Atomwaffenverbotsvertrag an einer globalen Tabuisierung von Nuklearwaffen arbeitet, zunehmend an Fahrt gewinnt.

(8) Außen- und Innenperspektive stärken

Ein neues oder verstärktes Nachdenken über pro-

testantische Friedensethik verlangt Öffnung und Vertiefung in verschiedene Richtungen. Während es auf der einen Seite entscheidend sein wird, **externe Expertise** deutlich intensiver als bisher üblich in die Überlegungen einzubeziehen, ist auf der anderen Seite eine stärkere Reflexion und Berücksichtigung echter theologischer Grundlagen erforderlich.

Was den ersten Punkt betrifft, so wurde deutlich, dass in vergangenen Überlegungen und Positionierungen oft ein **Mangel** beispielsweise an (aktuellem!) sicherheitspolitischen oder völkerrechtlichen **Detailkenntnissen** zu beklagen war. Dass dies im Zweifel zu realitätsfernen und/oder dogmatischen Positionen führte, liegt auf der Hand. An anderen Stellen wurde darauf mehrfach hingewiesen. Hinsichtlich des zweiten Punkts könnte die Besinnung auf theologische Grundlagen die Rolle der protestantischen Kirche deutlich schärfen. Weder der Workshop noch dieser Bericht waren und sind die Mittel, die fundamentalen Klärungen zu leisten – hier geht es lediglich um knappste Andeutungen. Zentrale hermeneutische Funktion könnte dabei die **Spannung zwischen Passivität und Aktivität** oder **zwischen Unfreiheit und Freiheit** übernehmen. Die protestantische Theologie hat ganze Bibliotheken darüber verfasst, inwiefern recht verstandene Freiheit immer endliche Freiheit im konkreten wie im absoluten Sinne bedeutet. Dass wir theologisch unsere **Existenz letztlich als in- eines-anderen-Hand-(Gott)-liegend** deuten, schaffe, nach Ansicht mehrerer Workshop-Teilnehmenden, **Freiräume** für Diskussionen und Überlegungen, die sowohl **Interdependenzen** verdeutlichen als auch **Spannungen und Dilemmata aushielten** und herausarbeiten könnten. Es war den Teilnehmenden einerseits wichtig zu betonen, dass **Kirche keine sicherheitspolitischen Entscheidungen treffen müsse**, und sie daher nicht zur Eindeutigkeit und Entschiedenheit verpflichtet sei. Andererseits, das wurde ebenso deutlich, würden von ihr klare, informierte und differenzierte Stellungnahmen verlangt, die eine deutliche Position erkennen lassen sollten. Stichwortartig ergaben sich aus der Besinnung auf die Rolle der Kirche eine Reihe von „weichen“ Kriterien für die (Weiter-)Arbeit an Positionierungen, Stellungnahmen etc. Diese sind (ohne Anspruch auf Vollständigkeit):

- Die **richtige Balance**: Es gehört zum Protestantismus, dass in ihm verschiedene Stimmen Gehör und Beachtung finden; dafür hat Kirche zu sorgen – unter Vermeidung einer „false balance“ und im Bewusstsein der eigenen Rolle.
- **Moderation**: Es geht für Kirche nicht nur um eine klare, politische Position, sondern auch um Vermittlung, Moderation und Beteiligung an der öffentlichen Meinungsbildung.
- **Ambiguitätstoleranz**: Kirche muss verschiedene Meinungen aushalten. Sie muss mit der Situation umgehen, dass es keine binäre Richtig-Falsch-Logik in ethischen Dingen gibt. Dieses Bewusstsein transportiert sie in vielen ethischen Themenfeldern. In der Kommunikation friedensethischer Fragen kann sie ihre Kompetenz einbringen. In der Darstellung der unvermeidlichen Dilemmata und dem konstruktiven diskursiven Umgang mit ihnen könnte durchaus ein wesentlicher Beitrag der Kirche an den öffentlichen Debatten bestehen.
- **Differenzierung**: Kirche sollte sich vor Vereinfachungen in jede Richtung hüten. Weder ein dogmatischer Pazifismus noch eine einfache Betonung militärischer Logik werden den friedensethischen Grundlagen der Kirche gerecht. Sie muss hier immer wieder Differenzierungen einfordern und selbst leisten. Wie bereits erwähnt, auch unter Aufnahme externer Expertise und Besinnung auf die eigenen Grundlagen.
- **Zu Ende denken**: Kirchliche friedensethische Diskurse können und sollen in großer Offenheit erfolgen. Positionen müssen gehört und beachtet werden. Aber sie müssen auch jeweils zu Ende gedacht werden. Was Kirche äußert, muss sich an der Realität prüfen lassen; kirchliche Positionen müssen ihre eigenen Konsequenzen denken und mit ihnen leben können.

B) Herausforderungen der friedenspolitischen Kommunikation

Vor dem Hintergrund, dass sich die jüngste friedenspolitische Debatte vor allem an strittigen Stellungnahmen von Kirchenleitenden zum Ukrainekrieg entzündet hat, wurde auf dem Loccumer Workshop neben inhaltlichen Aspekten auch die öffentliche Kommunikation zur evangelischen Friedenspolitik in den Blick genommen. Dabei wurde eine grundlegende, dilemma-ähnliche Konstellation herausgearbeitet, die keine einfache Lösung verspricht, die aber durch umsichtige und wohlüberlegte Kommunikationsformen abgemildert werden könne.

Kirche ist vielseitig und bringt unterschiedliche Perspektiven zusammen. Das Feld der evangelischen Friedenspolitik ist davon nicht ausgenommen. Diese Konstellation vor Augen habend, greife Kirche in der öffentlichen Kommunikation häufig auf ein **moderierendes, den Ausgleich suchendes Verhalten** zurück, so die Beobachtungen der Teilnehmenden. In der politischen Debatte unterscheidet sich Kirche damit häufig von vielen anderen Akteuren – wie beispielsweise Ministerien, politischen Parteien oder NGOs – die sich in der Regel weniger ausgleichend und pointierter äußern können.

Friedenspolitische Einlassungen sind vor allem in Krisen- und Konfliktsituationen gefragt. Evangelische Friedenspolitik findet also stets unter erschwerten Bedingungen statt und in Zeiten, in der sich **politische Debatten schnelllebig** und **besonders dynamisch** entwickeln. Dies unterscheidet die Friedenspolitik deutlich von anderen kirchlichen Handlungsfeldern, so die Diskutanten.

Daraus resultiere ein – realer oder eingebildeter – Druck zu schnellen pointierten Statements und klar akzentuierten Positionen – auch, um überhaupt bei der Vielzahl von Stimmen in der Debatte Gehör zu finden. Eine klare Positionierung gehe jedoch auf Kosten des ausgleichenden Ansatzes und führe notwendiger Weise dazu, dass sich nicht alle innerkirchlichen Sichtweisen vertreten fühlten. Integrative, möglichst viele Perspektiven berücksichtigende friedenspolitische Statements hingegen würden in einer erhitzten außen- und sicherheitspoliti-

schen Diskussion kaum wahrgenommen und seien als Debattenbeitrag somit weitgehend irrelevant.

Friedenspolitische Kommunikation befindet sich also in einer Zwickmühle, in der sich die konsensuale Grundhaltung am Wunsch der politischen Mitwirkung und Mitgestaltung reibt.

Grundsätzliche Zurückhaltung und eine Strategie der „leisen Töne“ biete für Kirche allerdings **keinen Ausweg** aus dieser Zwickmühle, so die Teilnehmenden des Loccumer Workshops. Zum einen gehöre es nach 1945 und den Erfahrungen der Nazidiktatur zum Selbstverständnis der evangelischen Kirche, sich aktiv zu politischen Prozessen einzubringen. Zum anderen werde gerade in Krisen- und Konfliktsituationen häufig aus den Gemeinden heraus ein verstärkter Wunsch nach friedenspolitischer Positionierung formuliert. Ferner werde aus dem politischen Raum allzu starke Zurückhaltung der Kirchen häufig als „ohrenbetäubendes Schweigen“ kommentiert – ein Vorwurf, der – ähnlich wie eine einseitige Positionierung – die Außenwirkung beschädigen könne, so die geäußerte Einschätzung auf dem Workshop.

Genauso wenig ließe sich dieses Dilemma dadurch lösen, dass Kirche in Diskursen als Störkraft des Mainstreams agiere und sich stets auf die Seite der Minderheitenposition schlage. Diese Idee fand unter den Teilnehmenden des Loccumer Workshops zwar einige Sympathie, wurde aber als Grundorientierung abgelehnt – schon allein deshalb, weil in Krisen- und Konfliktsituationen Mainstream-Haltungen selten vorab feststünden, sondern sich in der Regel *peu a peu* formierten und somit als Koordinate für die eigene Positionierung weitgehend ausfielen.

Es muss daher andere Wege geben, mit dieser Bredouille umzugehen. Hierzu wurden auf dem Workshop eine Reihe von Ideen zusammengetragen, die sich in drei Kategorien clustern lassen: (1) Neukonzeption der grundsätzlichen inhaltlichen Ausrichtung friedenspolitischer Kommunikation, (2) friedenspolitische Gremienarbeit für fortwährende Schreib- und Denkprozesse, (3) EKD Friedensdenkschrift und (4) Networking & Reach-Out.

(1) Neukonzeption der grundsätzlichen inhaltlichen Ausrichtung friedenspolitischer Kommunikation der evangelischen Kirchen

Mit Blick auf die geschilderte Zwickmühle wurden auf dem Loccumer Workshop eine Reihe von Vorschlägen zur grundsätzlichen inhaltlichen Ausrichtung evangelischer Friedenspolitik diskutiert. Die Idee, **Dilemmata** der Friedenspolitik bewusst in den Vordergrund zu stellen und im Grunde zum **„Markenkern“** kirchlicher Kommunikation zu machen, fand unter den Teilnehmenden am meisten Zuspruch. Anstatt Konsens zwischen widerstreitenden Standpunkten zu suchen – von denen es im Feld der kirchlichen Friedenspolitik keinen Mangel gebe – sei es sinnvoller, gegensätzliche Positionen selbstbewusst klar zu benennen. Wo real vorhanden, sollten natürlich Schnittmengen und Dialogschneisen zwischen widerstreitenden Argumentationslinien nicht verschwiegen, sondern offengelegt werden. Ansonsten wurde aber ein gezielt transparenter Umgang mit Kontrasten und Gegensätzlichkeiten sowie den daraus resultierenden Konsequenzen von den Teilnehmenden angeregt.

Kirchliche Kommunikation würde damit hinsichtlich ihrer grundsätzlichen inhaltlichen Ausrichtung von Stellungnahmen und festen Positionsverortungen abrücken. Vielmehr würde die **Diskursbeschreibung als Gattungsform**, mit einem besonderen Augenmerk auf Unpässlichkeiten sowie gesehener oder ungesehener Folgen der jeweiligen Standpunkte, dominanter werden.

Im Feld der Friedenspolitik sollte sich kirchliche Kommunikation zum **Profi für Ambivalenzen, Widersprüchlichkeiten und Inkonsistenzen** machen, so die überwiegende Meinung der Teilnehmenden. Würde dies konsequent und gehaltvoll umgesetzt, würde Kirche zum interessanten Gesprächspartner werden. Insbesondere in überhitzten außen- und sicherheitspolitischen Debatten, die im Zuge von realen Konflikten einen klaren Drall zur Schwarz-Weiß-Tönung haben, würden somit interessante Zwischentöne und Gedankenanstöße geliefert.

Der Fokus auf Dilemmata könne auch ein Einstieg für eine **stärkere theologische Ausrichtung** der

friedenspolitischen Kommunikation sein. **Derzeit** seien friedenspolitische Stellungnahmen und Einlassungen relativ stark **von säkularen Argumentationslinien geprägt**. Völkerrechtliche, sicherheitspolitische, diplomatiethoretische oder militärtechnologische Aspekte nähmen in Texten der evangelischen Friedenspolitik häufig viel Raum ein. Diese stellten zwar unverzichtbare Zugänge für die Betrachtung von Konflikten in den inter- und transnationalen Beziehungen und der Diskussion um entsprechende Lösungen dar, aber sie seien gemeinhin **keine Kernkompetenzen kirchlicher Akteure**.

Die Fokussierung auf Ambivalenzen und Dilemmata könne die Chance bieten, im höheren Maße theologische Argumentationen einfließen zu lassen. Zu vielen theologischen Konzepten, die gerade für friedens- und sicherheitspolitische Diskussionen interessante Implikationen böten – wie beispielsweise die Vielschichtigkeit des Bösen, die Bedeutung von Leid oder die Rolle von Versöhnung – gebe es unter den Akteuren der evangelischen Friedenspolitik verständlicherweise enorme **intellektuelle Kompetenzen**. Das Einbringen dieser genuinen Stärken würde nicht nur den Wiedererkennungswert der kirchlichen Kommunikation erhöhen, sondern würde die evangelische Friedenspolitik auch in die Lage versetzen, auf inhaltlicher Ebene noch interessantere und originellere Beiträge zur allgemeinen außen- und sicherheitspolitischen Debatte beizusteuern.

Neben der grundsätzlichen inhaltlichen Neujustierung bedürfe es für eine Verbesserung der friedenspolitischen Kommunikation – so die vorherrschende Bewertung der Teilnehmenden – einer genauen **Analyse der potenziellen Adressat*innen**. Wer sind eigentlich die Rezipienten von friedenspolitischen Stellungnahmen, Statements und Positionspapieren? Neben Akteuren der **Kirchenleitung** und inhaltlich interessierten **Pastorinnen und Pastoren sowie Gemeindemitgliedern** werde die friedenspolitische Kommunikation vorrangig von der **Fachöffentlichkeit wahrgenommen** – vor allem von jenen mit Kirchenbezügen.

Die breite, **allgemeine Öffentlichkeit** jenseits von Kirche spiele hingegen eine deutlich geringere Rolle,

so die Einschätzung der Diskutierenden. Sie dürfe natürlich nicht aus dem Blick geraten, sei aber für friedenspolitische Einlassung nicht die vorrangigste **Orientierungsgröße**. In der allgemeinen Öffentlichkeit sei Kirche in diesem Feld nicht mehr die wichtigste Stimme und würde beim Crescendo öffentlicher Statements, das sich insbesondere in Zeiten außen- und sicherheitspolitischer Krisen- und Konfliktgeschehen einstelle, in der Regel untergehen. Wenn es dennoch zu einer verstärkten öffentlichen Wahrnehmung kirchlicher Einlassungen zur Friedenspolitik komme, so sei dies häufig dem Umstand geschuldet, dass die Äußerungen als potenziell skandalträchtig wahrgenommen würden.

Neben Fachjournalist*innen, Think Tanker*innen, Politiker*innen und Wissenschaftler*innen, die zum Thema arbeiten, sind unter der Kategorie Fachöffentlichkeit vor allem Akteure aus den außen-, entwicklungs-, und sicherheitspolitischen Behörden, Ministerien oder Nichtregierungsorganisationen zu verstehen. Die **kirchlichen Bezüge** können dabei unterschiedlicher Art und in variierender Tiefgründigkeit vorhanden sein. Wichtig sei eine gewisse Aufgeschlossenheit und Interessensneigung an kirchlichen Kontexten.

Vor diesem Hintergrund bestünde die große Herausforderung von gelingender friedenspolitischer Kommunikation vor allem darin, die Adressierung der **Fachöffentlichkeit** mit der gleichzeitig erforderlichen **Kommunikation in die Kirche hinein** – an interessierte Gemeindemitglieder und Pastorinnen und Pastoren – **auszutariieren**. Dies sei kein leichtes Unterfangen. Während die Ansprache der Fachöffentlichkeit ein hohes Maß an Expertise und Sachkenntnis erfordere, müssten bei der Kommunikation in die Kirche hinein Teilhabe und Mitwirkung eine größere Rolle spielen. Diese unterschiedlichen Orientierungen seien nicht einfach auf einen Nenner zu bringen. Widersprüchlichkeiten seien unvermeidbar. Mit etwas Fingerspitzengefühl könne die Ansprache dieser beiden Adressatengruppen aber gut gelingen – so die Einschätzung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Loccumer Workshops.

Klar sei: Wenn die allgemeine Öffentlichkeit in der friedenspolitischen Kommunikation zukünftig eine

weniger bedeutende Stellung erhalten sollte, würde der wahrgenommene **Zwang zu schnellen Stellungnahmen**, von dem insbesondere Kirchenleitende häufig berichten, reduziert. Kirche solle sich hier ruhig **etwas mehr Gelassenheit** gönnen, so die Einschätzung der Teilnehmenden des Loccumer Workshops. Eine weitere Quelle für Gelassenheit würde aber auch daraus resultieren, dass Kirche keine sicherheitspolitischen Entscheidungen treffen müsse und nicht zum außenpolitischen Handeln gezwungen sei – ganz anders als viele andere Akteure. Sich dies vor Augen zu führen, sei ebenfalls wichtig, um den Zwang zur überhasteten Kommunikation zu kurieren.

(2) Friedenspolitische Gremienarbeit für fortwährende Schreib- und Denkprozesse

Aber selbst wenn der Zeitdruck in der friedenspolitischen Kommunikation reduziert werden kann, wie oben geschildert, wird die Ad-hoc-Entwicklung von Positionen und Stellungnahmen dennoch eine große Herausforderung darstellen. Daher bräuchte es im Grunde einen kontinuierlichen und **fortwährenden Schreib- und Denkprozess** mit verlässlichen und direkten Verbindungen zu Kirchenleitung, die dann die erarbeiteten Ergebnisse bei Bedarf veröffentliche. Dieser kontinuierliche Denk- und Schreibprozess – im Sinne eines „ongoing reasonings“ – sei derzeit im Bereich kirchlicher Friedenspolitik nur unzureichend gegeben, so die Einschätzung der Teilnehmenden des Loccumer Workshops. Dabei gäbe es im kirchlichen Kontext durchaus vorhandene Ressourcen und Akteure, wie bspw. die FEST oder die Evangelischen Akademien, die in diesem Zusammenhang noch konsequenter und zielführender genutzt werden könnten.

In puncto des fortwährenden Schreib- und Denkprozesses könne Kirche durchaus noch einiges von Organisationen aus dem politischen Betrieb, wie z. B. Parteien, Ministerien oder NGOs, lernen, die gerade in Zeiten einer sich abzeichnenden Krise vorkehrende Stellungnahmen schreiben – sogenannte **„Vorratssprache“** – die dann bei Bedarf schnell kommuniziert werden könne.

Der beste Ansatzpunkt, um in Zukunft besser den angemahnten Prozess des „ongoing reasonings“ gewährleisten zu können, bestehe vermutlich in einer **Neuakzentuierung** der verschiedenen **friedenspolitischen Gremien**, die auf EKD- und landeskirchlicher Ebene zur Thematik arbeiten.

Nicht jedes kirchliche Gremium ist in der Lage, friedenspolitische Stellungnahmen zu erstellen. Daher bestünde die erste Aufgabe darin, die friedenspolitischen Einheiten und Fachzirkel – die in der Regel auf landeskirchlicher- oder EKD-Ebene bereits existieren – beim fortwährenden Denk- und Schreibprozess **eindeutig in die Verantwortung zu nehmen** und dort, wo diese Gremien nicht existieren, solche entsprechend zu gründen.

Bei alledem sei wichtig, dass ein **direkter Draht zur Kirchenleitung** besteht und ein guter und schneller Transfer von Inhalten und Argumenten gewährleistet sei. So könnten insbesondere in Krisen- und Konfliktzeiten, schnell friedenspolitische Inhalte öffentlich kommuniziert und Beratungsleistungen eingebracht werden.

Neben einer klaren Beauftragung der entsprechenden Gremien sei für das „ongoing reasoning“ in der kirchlichen Friedenspolitik besonders darauf zu achten, **externe Expertise** zu außen- und sicherheitspolitischen Fragen aus der Wissenschaft oder der Think-Tank-Landschaft stärker einzubinden. Dies geschehe bisher deutlich zu wenig, und es gebe häufig nur unzureichendes Fachwissen, so die Einschätzung der Teilnehmenden. Häufig trete bei der Zusammensetzung dieser Fach- und Beratungsgremien die fachliche Kompetenz hinter einer institutionellen Repräsentationslogik zurück.

Externe Expertise müsse in die Denk- und Schreibgremien kirchlicher Friedenspolitik nicht notwendigerweise dauerhaft eingebunden werden. Eine anlassbezogene Involvierung sei häufig schon ausreichend. Bei der Vermittlung von Fachexpertise könnten sowohl die FEST als auch die Evangelischen Akademien Hilfestellung geben.

Neben externer Expertise sei es aber auch wichtig, die Abnehmerschaft der friedenspolitischen Texterzeugnisse und Positionen in den Fachgremien zu

berücksichtigen, das heißt, unter anderem die **Gemeindeebene** wie auch interessierte **Pastorinnen und Pastoren**. Neben externer Expertise sei also auch das **partizipative Element** in der zukünftigen friedenspolitischen Gremienarbeit nicht zu vernachlässigen, so die Diskutierenden auf der Loccumer Konferenz.

Im Zusammenhang mit der Gremienarbeit wurde auch angeregt, über eine Neuakzentuierung der **Konferenz für Friedensarbeit im Raum der EKD** nachzudenken. Ebenfalls zu überlegen sei, wie die Befassung von **Synoden** – auf EKD- wie auch auf landeskirchlicher Ebene – zum Thema Frieden und Sicherheitspolitik besser gelingen könne und wie hier vor allem ein pluralistischer Vorbereitungsprozess in Zukunft besser zu organisieren sei.

(3) EKD-Friedensdenkschrift – Konkretionen, aber keine grundsätzliche Überarbeitung

Im Zusammenhang mit der friedenspolitischen Kommunikation kam auch die **EKD Friedensdenkschrift** aus dem Jahre 2007 zur Sprache. Im Licht des Ukrainekriegs mehrten sich die Stimmen, die zu diesem Text eine Überarbeitung anmahnten.

Die deutliche Mehrheit der Teilnehmenden hielt diese Forderung für überzogen. Die **Grundlagen und Prinzipien der Denkschrift** hätten **weiterhin Relevanz. Problematisch** sei viel mehr, dass in kirchlichen Friedensdebatten die Denkschrift **kaum bis gar nicht rezipiert** werde. Aktuell stünden sogar einige prominente Aussagen von Kirchenleitenden zum Ukraine-Krieg im klaren Gegensatz zur EKD Friedensdenkschrift. So drängt sich der Eindruck einer relativ **weitverbreiteten Unkenntnis** des Textes auf. Dabei halte das Dokument von 2007 für viele aktuelle außen- und sicherheitspolitische Fragen aufschlussreiche Antworten bereit.

Allerdings wurde eingeräumt, dass zu einigen Bereichen der Denkschrift durchaus **Konkretionsbedarf** bestehe – auch aufgrund der sich seit 2007 deutlich gewandelten Rahmenbedingungen. Besonders die Frage der Abschreckung und die der Waffenlieferungen seien im bisherigen Text unterkomplex erfasst, so eine häufig geäußerte Einschätzung. Der Umgang mit autoritären Mächten, der im

Zuge einer wachsenden Systemrivalität zunehmend an Bedeutung gewonnen habe, fehle in der Denkschrift ebenfalls weitgehend. Aber auch die Prioritätensetzung, die zentrale Stellung des Völkerrechts und die Rolle der UNO, die im Jahr 2007 noch sehr hoffnungsvoll skizziert wurde, müsse neu eingeordnet werden. Gleiches gelte mit Blick auf das Instrumentarium der zivilen Konfliktbearbeitung.

Für die Überarbeitung der genannten Teilaspekte der Denkschrift sollte – ganz im Sinne des „ongoing reasoning“ – allerdings kein schwerfälliger und langatmiger Prozess angestoßen werden, so die Meinung der Teilnehmenden des Loccumer Workshops. Es gehe vielmehr darum, dynamischere und partizipativere Formate zur Anwendung zu bringen, die auch einen Einbezug externer Expertise erlauben. Es brauche in erster Linie **einen Denkprozess anstatt eines Denkschriftenprozesses**. Sofern breiter Austausch und Verständigung gewährleistet seien, könne dieser vermutlich auch sehr gut dezentral stattfinden.

4) Networking & Reach Out

Mit Blick auf das Networking und den „outreach“ im Bereich kirchlicher Friedenspolitik wurde während des Workshops die Notwendigkeit betont, engeren und regelmäßigeren Kontakt mit **außen- und sicherheitspolitischen Experten und Expertinnen aus Politik, Administration und Wissenschaft bzw. Politikberatung** zu suchen. Es gebe hier weiterhin zu wenig Berührungspunkte, und Diskurse zum Thema Frieden und Sicherheit fänden innerhalb und außerhalb von Kirche häufig mit ganz anderen Vorzeichen statt. Hier müsse dringend über **geeignete Austausch- und Diskussionsformate nachgedacht** und aus positiven Erfahrungen der Vergangenheit – bspw. mit Blick auf die Arbeit der Evangelischen Akademien – gelernt werden, so die Einschätzung der Workshop-Teilnehmenden.

Mit besonderem Fokus auf öffentliche Stellungnahmen kamen auch **journalistische Kontakte** zur Sprache. Diese seien auf verschiedenen kirchlichen Ebenen in den vergangenen Jahren **deutlich weniger geworden**, auch, weil erprobte Liaison-Formate eingestellt worden seien. Journalist*innen, die

kirchliches Handeln beobachteten, seien oft nicht ausreichend über die untergründigen Dilemmata informiert, die besonders bei der öffentlichen Kommunikation zur evangelischen Friedenspolitik zum Tragen kämen, so die Diskutanten. Zukünftig sollte daher der Kontakt zu Journalist*innen intensiviert werden – beispielsweise in Form von Hintergrundgesprächen und verstärktem Zugehen auf große Redaktionen, die sich noch einen besonderen Fokus auf Kirche leisteten, mit dem Ziel, eine bessere Verständigung zu erreichen.

Disclaimer

Die in diesem Bericht dargelegten Ergebnisse und Informationen repräsentieren nicht notwendigerweise die Positionen und Meinungen aller Tagungsteilnehmenden und der durch sie vertretenen Institutionen. Der Bericht gibt die wichtigsten Schlussfolgerungen, Themen und Empfehlungen wieder, die während der Tagung erarbeitet wurden. Die reichhaltige und vielseitige Diskussion der dreitägigen Konferenz kann jedoch nicht in vollem Umfang erfasst werden.

Zur Evangelischen Akademie Loccum

Die Evangelische Akademie Loccum ermöglicht in jährlich über 80 nationalen und internationalen Veranstaltungen mit bis zu 5000 Teilnehmenden offene und gleichzeitig kritische Begegnungen in gesellschaftspolitischen Debatten. Die Akademie versammelt interdisziplinäre Expertise, kreiert Netzwerke von Akteuren und treibt so tragfähige Lösungen voran. Damit möchte sie die Demokratie in Deutschland stärken und den Frieden bewahren. Die Evangelische Akademie Loccum ist eine Einrichtung der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers und wurde 1946 gegründet.

Kontakt

Dr. Thomas Müller-Färber

Evangelische Akademie Loccum
Münchehäger Str. 6
31547 Rehburg-Loccum

Telefon: +49 (0) 5766 81-109
E-Mail: Thomas.Mueller-Faerber@evlka.de
Internet: www.loccum.de

Kontakt

Dr. Christian Brouwer

Evangelische Akademie Loccum
Münchehäger Str. 6
31547 Rehburg-Loccum

Telefon: +49 (0) 5766 81-107
E-Mail: Chrisitan.Brouwer@evlka.de
Internet: www.loccum.de

Die Konferenz wurde gefördert vom:

Fonds „Frieden stiften“
der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers

**EVANGELISCH-LUTHERISCHE
LANDESKIRCHE HANNOVERS** 